

13. Petersburger Dialog in Kassel

Sotschi 2014: Alles Fassade!

Putin verfolgt Minderheiten und Menschenrechtler!

Die rund 200 Teilnehmer des Petersburger Dialogs, die über die Grundlagen einer freien Gesellschaft und die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen diskutieren wollen, dürfen sich nicht blenden lassen: Wladimir Putin tritt die sozialen und politischen Rechte mit Füßen: Nach wie vor werden Minderheiten und Menschenrechtler, die Bürgerrechte einfordern oder Missstände anprangern, verfolgt.

Deshalb ruft die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die kritischen und politisch wachen Teilnehmer des 13. Petersburger Dialogs dazu auf, unbequeme Fragen zu stellen und die Lage in Russland gründlich zu analysieren. Keinesfalls darf die neue deutsche Bundesregierung ihre skeptische Haltung gegenüber Russland aufgeben! Denn die verfolgten Minderheiten und Menschenrechtsaktivisten brauchen Unterstützer und Fürsprecher, die offen das Vorgehen der russischen Regierung kritisieren. Die Russland-Politik der neuen Bundesregierung darf diese mutigen Menschen nicht der Willkür des russischen Geheimdienstes und der Politiker ausliefern!

Nur eine Unterstützung der demokratischen Kräfte in Russland, die alle in die Opposition gehen mussten, von Menschenrechtlern und Aktivisten der Minderheiten wird zu einer freien Gesellschaft dort beitragen. Bestehende Kontakte müssen vertieft werden, das zukünftige Auswärtige Amt und die Bundeskanzlerin müssen sich offensiv für Menschen- und Bürgerrechte aller Bürger der Russischen Föderation und auch für besonders gravierende Einzelfälle einsetzen. Die Olympischen Spiele in Sotschi bieten die Gelegenheit, öffentlich auf Missstände aufmerksam zu machen und so die Menschen zu stärken, die sich für Opfer von Willkür und Gewalt in Russland einsetzen.

Sotschi 2014

Wie in einem Brennglas wird die Willkür des russischen Präsidenten deutlich bei den Vorbereitungen der Winterolympiade 2014 in Sotschi. Gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung wurden die Stadt und ihre Umgebung in einem Gewaltakt umgebaut: Einwohner wurden enteignet und umgesiedelt, Migrantearbeiter erst wie Sklaven gehalten und dann ausgewiesen, die Landschaft wurde nachhaltig verändert, die Natur zerstört, das Wasser vergiftet. Die Korruption rund um Olympischen Winterspiele hat schwer vorstellbare Ausmaße angenommen. Eine historische Verantwortung für die blutige Niederschlagung der Tscherkessen, mit der vor 150 Jahren in Sotschi ein lange verdrängter Genozid der russischen Armee an diesem kaukasischen Volk begann, wurde nicht übernommen.

Sotschi liegt im Nordkaukasus, nur wenige hundert Kilometer von den Republiken Dagestan und Tschetschenien entfernt, wo seit Jahrzehnten Gewalt und Terror den Alltag prägen. Im Namen der russischen Regierung werden hier schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Morde, Folter und Gewalt gegen Frauen begangen und Zivilisten verschwinden. Um die Sicherheit der Winterspiele zu gewährleisten, gelten Gesetze wie bei der Durchführung von Antiterroroperationen in Tschetschenien. Darüber hinaus ist Sotschi die letzte Hauptstadt der Tscherkessen. Dort erlitten sie 1864 eine große Niederlage im Kampf gegen die russische Armee und wurden kollektiv vertrieben. Ihre Deportation kam einem Genozid gleich, rund eine Million Tscherkessen kamen dabei ums

Leben. Nur zehn Prozent von ihnen blieben in ihrer ursprünglichen Heimat zurück. Heute wünschen sich viele Tscherkessen, die der syrische Bürgerkrieg zu Flüchtlingen gemacht hat, eine Rückkehr in die historische Heimat. Das macht ihnen die russische Regierung, immer noch eine enge Verbündete des Assad Regimes, unmöglich.

Schikane von Menschenrechtsorganisationen

Wer sich in Russland für die in der Verfassung festgeschriebenen politischen und sozialen Rechte einsetzt, wird massiv daran gehindert und kriminalisiert. Das so genannte „ausländische Agenten-Gesetz“ besagt, dass sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich politisch betätigen und aus dem Ausland Gelder erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen. Das Gesetz wirkt sich verheerend auf die Organisationen aus, die sich ohnehin in einer bedrängten und schwierigen Lage befinden. Im Juli 2013 erklärte der russische Generalstaatsanwalt, etwa 1.000 Organisationen seien durchsucht worden. Mehr als 50 wurden verwarnet. Mindestens zehn von ihnen stehen zurzeit vor Gericht, darunter die wichtigste russische Menschenrechtsorganisation Memorial und die ebenfalls führende NGO „Public Verdict“. Fünf NGOs wurden mit Geldstrafen belegt bzw. haben sich davor aufgelöst.

Aber nicht nur diese Zahlen sprechen für sich. Wir werden immer wieder Zeuge der grassierenden Angst unter den NGO-Mitarbeitern. So schrieb uns noch vor wenigen Tagen eine Aktivistin für die indigene russische Bevölkerung, sie warte täglich auf den Besuch des Geheimdienstes und könne uns aus Angst, noch mehr die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu ziehen, nicht erlauben, einen Text über ihre NGO zu veröffentlichen.

Festnahme von Aktivisten der Opposition

Nach der gefälschten Präsidentschaftswahl 2011 erstarkte in Russland eine Oppositionsbewegung, die sich für freie Wahlen und die in der Verfassung garantierten Bürgerrechte einsetzt und zu Protestaktionen aufruft. Seit Ende 2011 wurden in Moskau und Umgebung nach Angaben von Amnesty International mindestens 5.000 Personen festgenommen, über 100 Protestaktionen verboten oder von der Polizei aufgelöst. Dutzende Bürgerrechtler sitzen in Haft oder es laufen Prozesse gegen sie, viele sind in andere Länder geflohen, um den russischen Behörden zu entgehen.

Hatz gegen Migranten

Allein 2013 wurden in und um Moskau mehrere tausend Migranten festgenommen, zeitweise unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten und abgeschoben. Der Wahlkampf um das Amt des Bürgermeisters von Moskau war stark von ausländerfeindlichen Parolen geprägt. Menschenrechtsorganisationen zeigen sich zutiefst besorgt über diese Entwicklung, da die Migranten, die oftmals russische Staatsbürger sind und nur aus Republiken des Nordkaukasus kommen bzw. Menschen sind, die aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion wie Aserbaidschan, Usbekistan oder Kirgisien kommen, um für ihre Familien zu Hause Geld zu verdienen, als Sündenböcke für die sozialen Missstände innerhalb Russlands herhalten müssen.

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker • Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel. 0551 499 06-0
Fax 0551 580 28 • E-Mail: info@gfbv.de • Internet: www.gfbv.de • [facebook/bedrohteVoelker](https://www.facebook.com/bedrohteVoelker)
Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft: IBAN: DE82251205100009471400 • BIC: BFSWDE33HAN
Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

